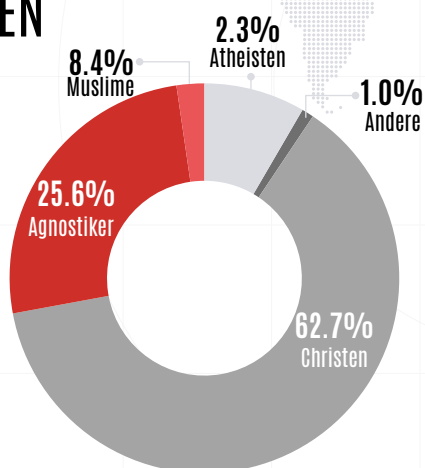




BELGIEN

RELIGIONEN



Bevölkerung

11,619,972

BIP pro Kopf

42,659 US\$

Fläche

30,528 Km²

Gini-Index*

27.4

*Wirtschaftliche Ungleichheit

DIE GESETZSLAGE ZUR RELIGIONSFREIHEIT UND DIE TATSÄCHLICHE ANWENDUNG

Die Verfassung des Königreichs Belgien¹ bekennt sich eindeutig zum Schutz der Religions- und Glaubensfreiheit. Laut Artikel 10 der Verfassung sind alle Belgier vor dem Gesetz gleich. Artikel 11 legt fest, dass Rechte und Freiheiten ohne Diskriminierung gelten, auch für „ideologische und philosophische Minderheiten“. In Artikel 19 steht: „Der Staat garantiert die Kultusfreiheit und ihre öffentliche Ausübung sowie die freie Meinungsäußerung in allen Angelegenheiten, behält sich jedoch vor, Straftaten zu verfolgen, die während der Ausübung dieser Freiheiten begangen werden.“ Artikel 20 schreibt fest: „Niemand darf zur Teilnahme an Handlungen und Zeremonien einer Religion oder zur Einhaltung religiöser Ruhetage gezwungen werden.“ Artikel 21 führt weiter aus: „Der Staat hat nicht das Recht, in die Ernennung oder Einsetzung von Geistlichen jedweder Glaubensrichtung einzugreifen oder diesen zu verbieten, mit Vorgesetzten zu korrespondieren oder deren Verordnungen zu veröffentlichen, wobei hier die üblichen Presse- und Publikationsvorschriften Anwendung finden.“ Nicht zuletzt legt Artikel 181 fest:

„Der Staat kommt für die Gehälter und Pensionen von Geistlichen der verschiedenen Glaubensrichtungen auf; die erforderlichen Beträge werden jährlich dem Haushalt belastet.“

Bestimmte Religionsgemeinschaften und sonstige vergleichbare Vereinigungen werden staatlich anerkannt und finanziert. Dazu gehören die Katholische, die Evangelische und die Anglikanische Kirche, das Judentum, der Islam, die Griechisch-Orthodoxe und die Russisch-Orthodoxe Kirche sowie Organisationen des Conseil Central Laïque (des Zentralen Freigeistigen Rats).² Die Anerkennung des Buddhismus und des Hinduismus stand Ende 2019 noch aus.³

Für die staatliche Anerkennung von Religionsgemeinschaften gibt es keine rechtlichen oder verfassungsrechtlichen Vorgaben. 1985 vertrat zwar der damalige Justizminister Jean Gol auf eine parlamentarische Anfrage hin die Ansicht, dass die Anzahl der Mitglieder einer Religionsgemeinschaft, ihre Geschichte und ihr gesellschaftlicher Beitrag ausschlaggebende Faktoren für eine solche Anerkennung seien. Diese Kriterien wurden bislang jedoch nicht gesetzlich verankert. Unabhängig von ihren persönlichen Überzeugungen kommen vor allem die belgischen Steuerzahler für die staatlich anerkannten Religions- oder

Weltanschauungsgemeinschaften finanziell auf. Staatlich nicht anerkannte Gemeinschaften können den Status einer gemeinnützigen Organisation erlangen.⁴

An staatlichen Schulen wird je nach Wunsch der Eltern Religions- oder Ethikunterricht erteilt.⁵ Laut staatlichem Bildungssystem müssen religiöse Aspekte, die außerhalb des Religionsunterrichts behandelt werden, objektiv dargestellt werden. An allen staatlichen Schulen muss es Lehrer geben, die Religionsunterricht für die staatlich anerkannten Glaubensrichtungen erteilen können. Konfessionsschulen folgen demselben Lehrplan wie öffentliche Schulen und erhalten staatliche Subventionen für Betriebsausgaben, zum Beispiel für Gebäudeinstandhaltung und Versorgungsleistungen.⁶

Im Juni 2020 entschied das Verfassungsgericht einen Rechtsstreit zugunsten der Hochschule Haute École Francisco Ferrer de la Ville de Bruxelles. Gegenstand des Verfahrens war die Schulpolitik, die das Tragen religiöser oder philosophischer Symbole zur Gewährleistung eines „vollständig neutralen“ Schulumfelds untersagt.⁷ Im Januar 2021 gab der Bildungsbezirk Wallonien-Brüssel bekannt, dass die rund 50.000 Studierenden an Hochschulen oder in der Erwachsenenbildung ab September 2021 religiöse oder philosophische Symbole (wie Kreuze, Kopftücher oder Kippot) tragen dürfen.⁸

Das Arbeitsgericht Gent fällte ein Urteil zugunsten eines Privatunternehmens, welches das Tragen von Kopftüchern beim persönlichen Kundenkontakt untersagte, um ein „neutrales Erscheinungsbild“ aller Mitarbeiter zu wahren. Laut Auffassung des Gerichts stellt diese Politik keine Benachteiligung muslimischer Frauen gegenüber anderen Beschäftigten dar. Dieser Fall aus dem Jahr 2009 ging bis vor den Europäischen Gerichtshof. Dort wurde 2017 entschieden, dass die betriebliche Bestimmung nur bei Mitarbeiterinnen mit Kundenkontakt und nicht auf Wunsch von bestimmten Kunden gelten könne. Ebenso habe das Unternehmen zu prüfen, ob die betreffenden Arbeitnehmerinnen in anderen Bereichen eingesetzt werden könnten.⁹

Im März 2018 kündigte die Regierung den Mietvertrag für die Große Moschee in Brüssel mit Saudi-Arabien aus Angst vor einer möglichen Radikalisierung und einer „Einmischung in die nationale Lehre des Islam aus dem Ausland“.¹⁰ Im Dezember 2020 entschied die belgische Regierung, die Große Moschee nicht als „örtliche Glaubensgemeinschaft“ anzuerkennen. Dies geschah auf Anraten des Nachrichtendienstes, der eine Infiltrierung durch

ausländische Spione vermutete. Belgiens Justizminister Vincent Van Quickenborne sagte dazu: „Ich kann und werde nicht akzeptieren, dass ausländische Regime den Islam aus ideologischen und politischen Gründen missbrauchen, das Ruder hier übernehmen wollen und die Muslime in unserem Land daran hindern, einen eigenen modernen Islam zu leben. Wenn ich mich dazu nicht äußere, tue ich keinem einen Gefallen – am wenigsten den Muslimen hier in Belgien.“¹¹

Im Mai 2017 beschlossen Wallonien und Flandern, ein Verbot von rituellen betäubungslosen Tierschlachtungen einzuführen. Das Verbot wurde von der Jüdischen und der Muslimischen Gemeinschaft aus religiösen Motiven in Frage gestellt.¹² Im Dezember 2020 entschied der Europäische Gerichtshof, dass Mitgliedsstaaten aus Tierschutzgründen ein reversibles Betäubungsverfahren vorschreiben können, das nicht zum Tod des Tieres führt. Ein entsprechendes Gesetz erlaube einen „fairen Kompromiss ... zwischen Tierschutz und der Religionsfreiheit jüdischer und muslimischer Gläubiger“.¹³

Das Urteil widerspricht einem Gutachten des Generalanwaltes am Europäischen Gerichtshof, der dazu erklärt: „Die EU-Mitgliedsstaaten sind dazu verpflichtet, die tief verwurzelten religiösen Überzeugungen muslimischer und jüdischer Gläubiger zu respektieren, und müssen deshalb das Schächten von Tieren erlauben.“ Eine Betäubung bei der Schlachtung würde die von der EU gewährten „religiösen Rechte grundsätzlich beeinträchtigen“.¹⁴ Die Entscheidung wurde von Religionsgemeinschaften wie dem Europäischen Jüdischen Kongress scharf verurteilt.¹⁵

Diskriminierungen, auch religiös oder philosophisch motivierte, können der staatlichen Organisation für Chancengleichheit Unia gemeldet werden.¹⁶ Unia hat es sich auch zur Aufgabe gemacht, Daten zu Diskriminierungen zu sammeln und Berichte zu diesem Thema zu veröffentlichen. 2020 startete die Regierung eine Initiative, um die Sammlung und Verarbeitung von Gleichstellungsdaten in Belgien zu verbessern.¹⁷

VORFÄLLE UND AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

In den offiziellen Zahlen für 2018 und 2019, die an die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zur Veröffentlichung im jährlichen Hasskriminalitätsbericht gemeldet wurden, waren religiös motivierte Vorfälle nicht explizit aufgeschlüsselt. Auch in der Statistik von Unia sind Vorfälle aus dem aktuellen Berichtszeitraum

nicht angeführt.

2018 meldeten Organisationen der Zivilgesellschaft 22 antisemitische Vorfälle (12 Eigentumsdelikte, sechs Fälle von Bedrohung und vier Angriffe auf Personen). So wurde beispielsweise am Vorabend des Jahrestages der Reichskristallnacht ein Holocaust-Denkmal mutwillig beschädigt. Außerdem wurden Häuser, Schulen und Geschäfte mit Graffiti besprüht und es kam zu tätlichen Angriffen auf Menschen, die äußerlich als Juden erkennbar waren.¹⁸

Im Jahr 2019 meldeten Organisationen der Zivilgesellschaft 17 antisemitische Vorfälle an die OSZE: sechs Angriffe auf Personen, sieben Angriffe auf Eigentum und vier Fälle von Bedrohung. Unter anderem wurden antisemitische und Nazi-Graffiti an eine Universitätsfassade gesprüht. Ein jüdischer Radiosender erhielt eine Bombendrohung.¹⁹ Im Juni 2019 gab sich ein mit Messern bewaffneter Iraker als Mitglied einer jüdischen Gemeinde aus und versuchte, sich an einem jüdischen Feiertag Zutritt zu einer Synagoge zu verschaffen.²⁰

Der Karneval in Aalst wurde 2019 von der UNESCO-Liste des Immateriellen Kulturerbes gestrichen, nachdem ein Festwagen beim Karnevalszug geschmacklose antisemitische Karikaturen gezeigt hatte. Der Bürgermeister der Stadt sagte dazu: „Aalst ist eine Hochburg des Humors und der Satire und wird dies immer bleiben.“ Es sei wichtig, dass es bei der Veranstaltung „keine bewussten Beleidigungen, aber auch keine Zensur“ gebe. Der Vorsitzende der European Jewish Association (des Verbands europäischer Juden) bezeichnete den Vorfall als „ein weiteres Signal an Juden, dass sie in Europa nicht willkommen seien“.²¹ 2020 sorgte der Karneval in Aalst erneut für Kontroversen, als die Zahl der dargestellten antisemitischen Karikaturen gegenüber dem Vorjahr sogar verdoppelt wurde. Präsentiert wurden unter anderem „elf als chassidische Juden verkleidete Männer mit Ameisenkörpern, die einen Wagen mit einer Nachbildung der Jerusalemer Klagemauer schoben“ (aus „Ameise“ und „Mauer“ entsteht ein Wortspiel im örtlichen Dialekt).²² Nach Ansicht der belgischen Vizepremierministerin Sophie Wilmès, deren Mutter Jüdin ist, habe der Karneval in Aalst „die Werte und den Ruf“ des ganzen Landes untergraben.²³

2018 meldeten Organisationen der Zivilgesellschaft 13 muslimfeindliche Vorfälle an die OSZE (acht physische Angriffe, zwei Angriffe auf Eigentum und drei Fälle von Bedrohung). Im Juni 2018 wurde zum Beispiel vor einem islamischen Kulturzentrum ein Schweinekopf in einer Blutlache gefunden. Ebenso wurden im Berichtszeitraum

Kopftuch tragende Mädchen und Frauen bedroht und Opfer körperlicher Gewalt.²⁴

Nach Berichten zivilgesellschaftlicher Organisationen an die OSZE gab es im Jahr 2019 17 muslimfeindliche Vorfälle, davon 12 Angriffe auf Personen (vorwiegend auf Kopftuch tragende Frauen), zwei Fälle von Bedrohung und drei Angriffe auf Eigentum.²⁵ So griff zum Beispiel eine orthodoxe Christin ihre Tochter mit einem Messer an, weil diese zum Islam übergetreten war und einen Muslim geheiratet hatte. Die Angreiferin erhielt dafür eine dreijährige Bewährungsstrafe.²⁶ Die Mitarbeiter einer muslimischen Interessenvertretung erhielten eine E-Mail mit Beleidigungen und Todesdrohungen. Im Oktober 2019 wurde ein Schweinekopf vor das Haus einer muslimischen Familie gelegt.²⁷

2018 meldeten Organisationen der Zivilgesellschaft vier christenfeindliche Vorfälle an die OSZE-Meldestelle für Hassverbrechen (drei Angriffe auf Eigentum und ein physischer Angriff).²⁸ 2019 wurden drei christenfeindliche Hassdelikte gemeldet (zwei Eigentumsdelikte und ein physischer Angriff). Ein Zeuge Jehovas wurde bei religiösen Aktivitäten auf der Straße beleidigt, mit der Faust geschlagen und getreten. Auf das Fahrzeug und das Haus eines Priesters wurde im September 2019 ein Brandanschlag verübt. Außerdem wurden auf einem christlichen Friedhof Grabsteine umgeworfen und Kreuze beschädigt.²⁹

2020 meldete das Observatory on Intolerance and Discrimination against Christians (Beobachtungsstelle für Intoleranz und Diskriminierung gegen Christen) neun christenfeindliche Vorfälle, darunter die mutwillige Beschädigung von Kirchen und christlichen Statuen. Im April 2020 wurde ein aus Afghanistan stammender muslimischer Migrant verhaftet, weil er in einem Asylbewerberheim damit drohte, „Christen die Kehle durchzuschneiden“.³⁰

Im Zuge der Einschränkung religiöser Zusammenkünfte während der Coronapandemie 2020/21 wurden öffentliche Gottesdienste vollständig verboten. Allerdings blieben die Andachtsstätten für das persönliche Gebet weiterhin geöffnet.³¹

PERSPEKTIVEN FÜR DIE RELIGIONSFREIHEIT

Im Berichtszeitraum gab es einzelne Entwicklungen im Land, die möglicherweise auf eine Einschränkung der Religionsfreiheit hindeuten. Das Urteil des Europäischen Gerichtshof, mit dem ein angemessener Kompromiss zwischen Tierschutz und religiösen Schlachtritualen erzielt

werden sollte, erfolgte zwar in Zusammenhang mit einem belgischen Rechtsfall, hat aber in ganz Europa weitreichende Folgen.

Die Beobachtung der Großen Moschee und anderer Einrichtungen durch den Staat zur Überwachung extremistischer Tendenzen, könnte eine effektive Sicherheitsmaßnahme sein. Diese Maßnahme hat aber auch das Potenzial, die Gesellschaft zu spalten. Ebenso besorgniserregend ist, dass eine Verweigerung aus Gewissensgründen im Gesundheitswesen immer weniger anerkannt wird. Die Verbote religiöser Symbole und die damit verbundene Debatte deuten auf eine wachsende Tendenz zu einem Laizismus hin, der die Religion aus dem öffentlichen Raum verbannt. Vorerst sind die verschiedenen Religionsgemeinschaften in Belgien jedoch weiterhin gesellschaftlich fest verankert.

- 1 Belgium 1831 (rev. 2014), Constitute Project, https://constituteproject.org/constitution/Belgium_2014?lang=en (abgerufen am 16. Januar 2021).
- 2 „Belgium“, Observatoire des Religions et de la Laïcité, 2. September 2015, <https://o-re-la.ulb.be/index.php/eu-countires/item/1333-belgium> (abgerufen am 17. Januar 2021).
- 3 Office of International Religious Freedom, „Belgium“, 2018 Report on Religious Freedom, U.S. Department of State, <https://www.state.gov/reports/2019-report-on-international-religious-freedom/belgium/> (abgerufen am 20. Januar 2021).
- 4 Ibid.
- 5 Belgium 1831 (rev. 2014), Article 24, op. cit.
- 6 „Godsdienst of zedenleer?“, Vlaanderen is onderwijs & vorming, <https://onderwijs.vlaanderen.be/nl/godsdienst-of-zedenleer> (abgerufen am 19. Januar 2021).
- 7 „La Haute école Francisco Ferrer peut interdire les signes religieux, selon la Cour constitutionnelle“, BX1, 4. Juni 2020, <https://bx1.be/bruxelles-ville/la-haute-ecole-francisco-ferrer-peut-interdire-les-signes-religieux-selon-la-cour-constitutionnelle/> (abgerufen am 19. Januar 2021).
- 8 „Wallonie-Bruxelles Enseignement (50.000 étudiants) autorisera les signes convictionnels à la prochaine rentrée“, UNIA, 19. Januar 2021, <https://www.unia.be/fr/articles/wallonie-bruxelles-enseignement-50.000-etudiants-autorisera-les-signes-conv> (abgerufen am 19. Januar 2021).
- 9 „What is the Achbita case?“, Unia, 20. Oktober 2020, <https://www.unia.be/en/articles/what-is-the-achbita-case> (abgerufen am 20. Januar 2021).
- 10 Alissa de Carbonnel, „Belgium takes back Brussels' Grand Mosque from Saudi government“, Reuters, 16. März 2018, <https://www.reuters.com/article/us-europe-attacks-belgium/belgium-takes-back-brussels-grand-mosque-from-saudi-government-idUSKCN1GS2B3> (abgerufen am 19. Januar 2021).
- 11 Daniel Boffey and Sam Jones, „Belgium says Brussels mosque infiltrated by Moroccan spies“, The Guardian, 4. Dezember 2020, <https://www.theguardian.com/world/2020/dec/04/belgium-says-brussels-mosque-infiltrated-by-moroccan-spies> (abgerufen am 19. Januar 2021).
- 12 Arthur Neslen, „EU states can ban kosher and halal ritual slaughter, court rules“, Politico, 17. Dezember 2020, <https://www.politico.eu/article/eu-states-can-ban-kosher-and-halal-ritual-slaughter-court-rules/> (abgerufen am 18. Januar 2021).
- 13 Centraal Israëlitisch Consistorie van België and Others, Case C-336/19, Court of Justice of the European Union, 17. Dezember 2020, <http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=235717&pageIndex=0&doclang=en&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=535667> (abgerufen am 18. Januar 2021).
- 14 Centraal Israëlitisch Consistorie van België and Others, Case C-336/19, Opinion of Advocate General Hogan, 10. September 2020, <http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=230874&pageIndex=0&doclang=EN&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1320623> (abgerufen am 19. Januar 2021).
- 15 Arthur Neslen, „EU states can ban kosher and halal ritual slaughter, court rules“, op. cit.
- 16 „Religious and Philosophical Beliefs“, Unia, <https://www.unia.be/en/grounds-of-discrimination/religious-or-philosophical-beliefs> (abgerufen am 20. Januar 2021).
- 17 „A new project to improve the collection and processing of equality data in Belgium“, Unia, 9. Oktober 2020, <https://www.unia.be/en/articles/a-new-project-to-improve-the-collection-and-processing-of-equality-data-in-belgium> (abgerufen am 19. Januar 2021).
- 18 Office for Democratic Institutions and Human Rights, „2018 Hate Crime Reporting – Belgium“, Organization for Security and Co-operation in Europe, <https://hatecrime.osce.org/belgium?year=2018> (abgerufen am 20. Januar 2021).
- 19 Office for Democratic Institutions and Human Rights, „2019 Hate Crime Reporting – Belgium“, Organization for Security and Co-operation in Europe, <https://hatecrime.osce.org/belgium?year=2019> (abgerufen am 20. Januar 2021).
- 20 Cnaan Liphshiz, „Iraqi man with kippah and knives stopped at entrance to Antwerp synagogue“, The Times of Israel, 12. Juni 2019, <https://www.timesofisrael.com/iraqi-man-with-kippah-and-knives-stopped-at-entrance-to-antwerp-synagogue/> (abgerufen am 20. Januar 2021).
- 21 „'Anti-Semitic' Flemish carnival shrugs off UN heritage badge“, Politico, 2. Dezember 2019, <https://www.politico.eu/article/anti-semitic-flanders-flemish-carnival-parade-aalst-united-nations-cultural-heritage-badge-list/> (abgerufen am 19. Januar 2021).
- 22 Eddy Wax and Laurie Tritschler, „Anti-Semitic carnival polarizes Belgian politics“, Politico, 24. Februar 2020, <https://www.politico.eu/article/anti-semitic-carnival-polarizes-belgian-politics/> (abgerufen am 19. Januar 2021).
- 23 „Sophie Wilmès épingle le carnaval d'Alost: ‚C'est un préjudice à la réputation de la Belgique‘“, Le Soir, 23. Februar 2020, <https://plus.lesoir.be/282274/article/2020-02-23/sophie-wilmes-epingle-le-carnaval-dalost-cest-un-prejudice-la-reputation-de-la> (abgerufen am 19. Januar 2021).
- 24 Office for Democratic Institutions and Human Rights, „2018 Hate Crime Reporting – Belgium“, op. cit.
- 25 Office for Democratic Institutions and Human Rights, „2019 Hate Crime Reporting – Belgium“, op. cit.
- 26 „Sa fille se convertit à l'islam, elle la poignarde“, DH Net, 30. Januar 2019, <https://www.dhnet.be/actu/faits/sa-fille-se-convertit-a-l-islam-elle-la-poignarde-5c507a647b50a6072425f120> (abgerufen am 20. Januar 2021).
- 27 Office for Democratic Institutions and Human Rights, „2019 Hate Crime Reporting – Belgium“, op. cit.

28 Office for Democratic Institutions and Human Rights, „2018 Hate Crime Reporting – Belgium“, op. cit.

29 Office for Democratic Institutions and Human Rights, „2019 Hate Crime Reporting – Belgium“, op. cit.

30 All cases: Belgium, Observatory on Intolerance and Discrimination against Christians in Europe, <https://www.intoleranceagainstchristians.eu/index.php?id=19&txtSearch=&radSearchFilterType=cases&selCountry=6&selTimeFrame=&txtDateStart=&txtDateStop=&wpcc=dismiss#searchResults> (abgerufen am 20. Januar 2021).

31 „Restrictions on Religious Freedom in Europe in the Name of the Fight Against Covid-19“, ECLJ, 4. November 2020, <https://eclj.org/religious-freedom/coe/limitations-portees-a-la-liberte-de-culte-en-europe-au-nom-de-la-lutte-contre-la-covid-19?lng=en> (abgerufen am 20. Januar 2021).